

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Donnerstag, 02. Dezember 2010 13:01
An: office@lebenshilfe.at
Betreff: Sonderinformationmeldung zum Thema Behinderung, Inklusion

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Behinderung, Inklusion**Lebenshilfe fordert: Weg von der Taschengeldgesellschaft!****Lohn und Sozialversicherung für behinderte Menschen in Tagesstrukturen und am Arbeitsmarkt**

„Weg von der Taschengeldgesellschaft und hin zu inklusiven Arbeitsformen samt Lohn und Sozialversicherung für Menschen mit Behinderungen“, definiert Lebenshilfe-Präsident Univ.-Prof. Dr. Germain Weber das Zukunftsziel der Lebenshilfe Österreich im heutigen Pressegespräch. „Unsere Selbstverpflichtung ist es, die Tagesstrukturen neu auszurichten, denn sie stehen im Widerspruch mit der UN-Behindertenrechtskonvention“, erklärt der Lebenshilfe-Präsident.

Weber: „Wir treiben die Selbstbestimmung von behinderten Menschen weiter voran. **Aus Nutzern in Werkstätten sollen Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen mit kollektivvertraglichem Entgelt und Ansprüchen aus der Sozialversicherung werden.**“ Mag. Albert Brandstätter, Bundesgeschäftsführer der Lebenshilfe Österreich, fasst die neue Linie zusammen: „Wenn wir die UN-Behindertenrechtskonvention ernst nehmen, ist das Ziel eindeutig: Alle Menschen mit Behinderungen sollen die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen.“

Mit ihrem heute präsentierten **Dialogpapier „Wege zur inklusiven Arbeit“** prescht die Lebenshilfe als größte Interessenvertretung von Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung vor. Nicht nur Veränderungen im Gesetz seien notwendig, auch der Behindertenbereich stehe vor einer Neustrukturierung. **„Tagesstrukturen sollen sich künftig zu Kompetenzzentren für Inklusion neu ausrichten.** Wir leben Inklusion in unseren eigenen Betrieben vor: Indem wir die Kompetenzen von behinderten Menschen stärken, das Know-How im Umgang mit Behinderung an die Wirtschaft und Gesellschaft weitergeben und selbst als Arbeitgeber auftreten“, nennt Weber die Kernpunkte.

Der **inklusive Arbeitsplatz** zeichnet sich nach dem Konzept der Lebenshilfe durch **Anreizsysteme für Betriebe und vom Staat finanzierte Unterstützungsleistungen** aus, die sich an der Einzelperson orientieren. Starre Regelungen wie die Leistungsfähigkeitsgrenze sollen fallen und stattdessen die persönliche Assistenz weiter ausgebaut werden. Isabella Ritz arbeitet beim Magistrat Graz als Bürohilfskraft. Ihr Down-Syndrom stellt dabei weniger ein Hindernis dar, als die üblichen Vorurteile. Isabella Ritz: „Es gibt Menschen, die sagen, dass ich nicht arbeiten kann und das verletzt mich. Ich kann ja arbeiten!“

Dr. Heinz-Werner Blum, Geschäftsführer der Lebenshilfe Vorarlberg, sieht die Zukunft der Behindertenarbeit in einer **stärkere Verzahnung von Wirtschaft und dem Sozialbereich**: „Die sozialen Dienstleister der Zukunft sind sozialwirtschaftliche Betriebe.“ Rund 220 Menschen mit Behinderungen nehmen die flexiblen Dienstleistungsmodelle der Lebenshilfe Vorarlberg in

Anspruch, wie zum Beispiel die Job-Kombi, die eine stundenweise Beschäftigung an einem Arbeitsplatz in der öffentlichen Verwaltung oder in einer Werkstätte vorsieht. Die NutzerInnen der Dienstleistung werden von der Lebenshilfe Vorarlberg angestellt, die Entlohnung liegt im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung. „Die Arbeitgeber erkennen, dass sich die Beschäftigung von behinderten Menschen für sie lohnt.“ Beim inklusiv betriebenen Biobauernhof Sunnahof tritt die Lebenshilfe Vorarlberg ebenfalls als Arbeitgeber auf. Die hochqualitativen Bioprodukte schaffen es in die Regale großer Handelsketten. **„Inklusion und marktwirtschaftliches Handeln gehen Hand in Hand“**, ist Blum überzeugt.

Der Großteil der Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung - 20.000 - bringt in Tagesstrukturen wie Werkstätten ihre Leistung, ohne dafür entlohnt zu werden. Dienstrechtliche Ansprüche wie Urlaub und Sozialversicherung fehlen. **Auf Basis der UN-Behindertenrechtskonvention fordert die Lebenshilfe Österreich das Recht von behinderten Menschen auf Entgelt sowie Eingliederung in die volle gesetzliche Sozialversicherung.** „Zur zügigen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention drängen wir auf einen Nationalen Aktionsplan“, so Weber abschließend.

Lebenshilfe kritisiert Budget: Konventionswidrig, sozial unausgewogen und gegen zentrale Interessen behinderter Menschen

Lebenshilfe-Präsident Weber: Sparbudget verringert Lebensqualität

"Die Zukunft von behinderten Menschen liegt in einer inklusiven Gesellschaft und in einer selbstbestimmten Lebensführung. Das wird durch dieses Sparbudget deutlich erschwert. Mit seinen minimalen Abfederungen holpert es gewaltig und eröffnet keine Zukunftswege", kommentiert Lebenshilfe-Präsident Univ.-Prof. Dr. Germain Weber die Budgettrede des Finanzministers. Die Lebenshilfe fordert die Regierung auf, nicht bei den Beziehern von Familien- oder Sozialleistungen zu sparen, sondern die längst überfällige Verwaltungsreform mutig anzugehen."

Weber: "Viele Budgetkonsolidierungsmaßnahmen diskriminieren Menschen mit Behinderungen. Sie verstoßen somit gegen Artikel 7 Bundes-Verfassungsgesetz, gegen das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz und gegen die UN-Behindertenrechtskonvention. Wir brauchen einen zukunftsorientierten Blick auf die Behinderten- und Sozialpolitik."

Inklusion muss uns etwas wert sein. Investitionen im Bereich Pflegegeld und der Unterstützung behinderter Menschen sind Investitionen in Lebensräume und Lebensmöglichkeiten. Behinderte Menschen brauchen bedarfsgerechte Unterstützung, Wahlfreiheit in Bezug auf Dienstleistungen und ausreichende Budgets." Die Lebenshilfe Österreich fordert die Bundesregierung auf, die Budgetmaßnahmen mit ihren Belastungen für behinderte Menschen zum frühest möglichen Zeitpunkt zurückzunehmen.

Menschen mit Behinderungen gehören zu den Verlierern des Sparbudgets 2011

Andreas Zehetner, Vertreter der behinderten Menschen im Selbstvertretungs-Beirat der Lebenshilfe Österreich: fordert: "Hände weg vom Pflegegeld! Das Pflegegeld ist notwendig für Menschen, die ein geringeres Einkommen haben. Besonders Menschen mit Lernschwierigkeiten brauchen Unterstützung! Deshalb soll auch das Pflegegeld nicht gekürzt werden und die erste sowie die zweite Pflegestufe erhalten werden. Wir fordern eine fixe jährliche Erhöhung des Pflegegeldes."

Das Sparpaket sieht besondere Härten für Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen vor. 1.560 Euro pro Jahr weniger gibt es bei Rückstufung von Pflegestufe 2 auf Pflegestufe 1, 1.848 Euro pro Jahr weniger bei Wegfall der Pflegestufe 1. Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung über 15 Jahre und dauernder Erwerbsunfähigkeit bzw. deren Angehörigen soll die 13. Familienbeihilfe samt Erhöhungsbeitrag gestrichen werden. Das sind mindestens 291 Euro pro Jahr und ergibt in Summe 2.000 Euro pro Jahr weniger für Pflege und dringende persönliche Bedürfnisse. Mit dem Wegfall der

Familienbeihilfe sind noch weitere Benachteiligungen verbunden. So entfällt etwa auch die Möglichkeit der kostenlosen Mitversicherung bei den Eltern. "Die Lebensqualität der betroffenen Menschen verschlechtert sich insgesamt drastisch", ist Weber überzeugt.

Mobilität und Barrierefreiheit werden erschwert

Der Entfall der Abgeltung der Normverbrauchsabgabe (NOVA) stellt für Menschen mit Behinderungen eine deutliche Verschlechterung dar.

Behindertengerechte Umbauten an PKW verursachen oft - abhängig von der Art der Behinderung - einen erheblichen Kostenaufwand. Ein Mobilitätsbeitrag ist stets nur ein Durchschnittswert und kann somit im Einzelfall zu erheblichen finanziellen Nachteilen führen.

Kritisch sieht die Lebenshilfe, dass die Frist zur Herstellung der Barrierefreiheit bis 2016 aufgeweicht wird und bis 2020 erstreckt werden kann, wenn ein fixer Zeitplan vorgelegt wird.

Lebenshilfe empfiehlt deutlichere Impulse zur Schaffung inklusiver Arbeitsplätze

Die geringe Anhebung der Ausgleichssteuer für Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigte auf 316 Euro und ab 400 Beschäftigte auf 336 Euro ist zu viel schwach. Um die Motivation der Dienstgeber tatsächlich zu steigern, wäre es notwendig, die Ausgleichssteuer wesentlich höher anzuheben, etwa in Höhe eines durchschnittlichen Mindesteinkommens von 1.000 Euro.

Uneingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft ist nicht nur fixer Bestandteil der UN-Behindertenrechtskonvention, sondern auch Leitlinie einer zukunftsorientierten Unterstützung behinderter Menschen. Sie sollen ein selbstbestimmtes Leben führen können - in ihrer eigenen Wohnung, in einem inklusiven Arbeitsverhältnis, in ihrer Freizeit. Behinderte Menschen brauchen bedarfsgerechte Unterstützung, Wahlfreiheit in Bezug auf Dienstleistungen und ausreichende Budgets. "Die Lebenshilfe Österreich fordert die Bundesregierung auf, die Budgetmaßnahmen mit ihren Belastungen für behinderte Menschen zum frühesten Zeitpunkt zurückzunehmen und entsprechende Weichen für zukunftsfähige Investitionen zu stellen. Dies sollte unter Einbeziehung der behinderten Menschen und ihrer Vertretungen geschehen", so Weber abschließend.

Das war der Lebenshilfe-Trialog 2010 "Gemeinsam zur Inklusion"

An die 120 TeilnehmerInnen aus den Einrichtungen der Lebenshilfen trafen sich in St. Pölten zum offenen Meinungsaustausch über das Zukunftsmodell "Inklusion".

Bei der **Trialog-Tagung** in St. Pölten entwarfen Menschen mit Behinderungen, ihre Familien und MitarbeiterInnen aus der Lebenshilfe erstmalig ein gemeinsames Bild von Inklusion.

Die Lebenshilfe Österreich schaffte, was dem gleichnamigen Dachverband in Berlin bislang noch nicht gelungen ist: Sie lud die drei zentralen Personengruppen aus ihren Einrichtungen - Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung, ihre Angehörigen und die hauptamtlichen MitarbeiterInnen - zu einer Trialog-Tagung, einem offenen Austausch über das Zukunftsmodell der Inklusion. Lebenshilfe-Präsident Univ.-Prof. Dr. Germain Weber dazu: „Die Zukunft von behinderten Menschen liegt in einer selbstbestimmten Lebensführung. Wir wollen diesen Prozess aktiv gestalten, und Schritt für Schritt die UN-Behindertenrechtskonvention in den Lebenshilfen umsetzen.“

An die 120 Teilnehmer und Teilnehmerinnen fanden sich am 17. und 18. November 2010 im Hipp-Haus in St. Pölten ein. Sie sprachen über ihre Bedürfnisse und Wünsche, ihre Sorgen und Ängste und ihre Forderungen an die Politik. Besonders stark zum Ausdruck kam der gemeinsame Wille zur Veränderung im Umgang und in der Begleitung von Menschen mit Behinderungen. „Wir wollen selbst bestimmen, wo wir wohnen und wie wir leben“, lauteten die Wortmeldungen der teilnehmenden Menschen mit

Behinderungen. „Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung sind ein unverzichtbarer Teil unserer Interessenvertretung. Die größte Kraft zur Veränderung geht von ihnen selbst aus“, erklärt Lebenshilfe-Präsident Weber.

Barrieren müssen fallen

„Inklusion muss schon von Kindheit an beginnen“, fand Selbstvertreterin Hanna Kamrat und erzählte in ihrem Vortrag aus ihrer Volksschulzeit, wo sie durch Begegnungen mit Kindern ohne Behinderungen enorm profitierte. Für Ramona Günther vom Selbstvertretungs-Beirat der Lebenshilfe Deutschland ist Inklusion „mitten drin zu sein in der Gesellschaft.“ Als ersten Schritt nennt sie die Barrierefreiheit. „Viele behinderte Menschen trauen sich nicht raus aus ihren vier Wänden, weil es für sie schwierig ist, ein Zugticket vom Automaten zu lösen. Hier brauchen wir noch viel mehr Informationen in Leichter Sprache.“

Inklusion geht alle etwas an

Die Sichtweise der Eltern vertrat Friederike Pospischil, Vizepräsidentin der Lebenshilfe Niederösterreich und Mutter eines erwachsenen Sohnes mit intellektueller Beeinträchtigung: „Ich sehe Inklusion als einen Prozess und einen Weg, den wir in unserer Organisation vorleben müssen, damit die Menschen in den Orten und Städten erkennen, dass Inklusion letztendlich alle angeht.“ Die Sorgen von Eltern von Kindern mit schweren Beeinträchtigungen zu beachten und Beispiele gelungener Inklusion zu zeigen, ist ihr ein großes Anliegen. Monika Seifert, Professorin an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin, unterstrich in ihrem Vortrag die Einbeziehung der Angehörigen: „Eltern sollen in der Inklusionsbewegung eingebunden werden, damit es zu einem gemeinsamen Weg kommt, und nicht zu einem Weg der Fachleute.“ Die soziale Einbindung von behinderten Menschen ins Stadtviertel oder in die Gemeinde braucht laut Seifert fachliche Begleitung und Unterstützung. Hilfreich dafür sind die Fachkonzepte der Sozialraumorientierung und Stadtentwicklung, die viele Schnittstellen zur Behindertenarbeit aufweisen. Die MitarbeiterInnen sieht sie in der tragenden Rolle als Brückenbauer, die „Kontakte knüpfen und den Boden bereiten, dass Inklusion einmal gelingt.“

Herausforderungen mutig angehen

Als zentrales Instrument in der Begleitung von Menschen mit Behinderungen hob Cornelia Renoldner von der Wiener Organisation „Balance“ die persönliche Zukunftsplanung hervor. Gerade mit dieser Methode lassen sich die unterschiedlichen Sichtweisen und Bedürfnisse gut abbilden und Lösung ausarbeiten. Lebenshilfe-Wegbegleiterin Flora Schlapschi aus Vorarlberg wies indessen auf ein Spannungsfeld hin. „Wenn gegensätzliche Interessen aufeinanderprallen, stehen die MitarbeiterInnen meist dazwischen. Wir brauchen Schulungen, um mit den neuen Herausforderungen richtig und auch mutig umzugehen“, lautete ihr Statement.

Inklusion in Gesetz und Praxis

Den Orientierungsrahmen für die Inklusion stellt die UN-Behindertenrechtskonvention dar. Sie fordert die vollständige Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als BürgerInnen in der Gesellschaft. Soziallandesrätin Mag. Johanna Mikl-Leitner zur UN-Konvention: „Die Anerkennung von Vielfalt als kulturellem Wert und eine möglichst große Selbstbestimmtheit in der Lebensführung muss auch für Menschen mit besonderen Bedürfnissen gelten. Inklusion muss in unserer Gesellschaft einfach eine Selbstverständlichkeit werden. Sei es in der Schule, am Arbeitsplatz oder bei der Begegnung im Alltag.“

Behindertenanwalt Dr. Erwin Buchinger kritisierte in seinem Eröffnungsvortrag, dass die UN-Behindertenrechtskonvention zwar schon von einigen Gesetzen abdeckt wird, aber bei weitem noch nicht von allen. „Viele Bundesländer hinken noch hinterher“, so Buchinger. Die geplante Verlängerungsfrist für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sieht er als einen Rückschritt genauso wie die Einschränkungen beim Pflegegeld. Weitere Kritik von seiner Seite: „Durch Förderbedingungen sind Menschen mit Behinderungen gezwungen, in ganz bestimmten Wohnmöglichkeiten zu leben. Sie können nicht entscheiden, wo und mit wem sie leben. Es gibt viel zu viele große Wohnheime für 300 und 500 Menschen, und diese sind kritisch zu hinterfragen.“ Um das alles einzulösen, müsse sich noch viel in den Einstellungen der Gesellschaft ändern, und das gehe nicht auf Knopfdruck.

Dazugehören als Grundbedürfnis

Inklusion ist ein Modell, das die herkömmliche Behindertenhilfe auf neue Bahnen lenkt. Die Zeiten der Fürsorge und reiner Betreuung von Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen sind längst vorbei. Die Herausforderung besteht darin, Menschen mit Behinderungen so zu unterstützen, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein selbstbestimmtes Leben führen können – in ihrer eigenen Wohnung, in einem inklusiven Arbeitsverhältnis, in ihrer Freizeit. Laut einer deutschen Studie wünschen sich Menschen mit Behinderungen für ihr Leben, dass sie dazugehören, also dass sie als Mitglieder der Gemeinde akzeptiert und respektvoll behandelt werden. Lebenshilfe-Selbstvertreterin Hanna Kamrat: „Ich bin in einem Verein im Ort aktiv und schreibe manchmal die Protokolle. Die Vereinsmitglieder haben erst gar nicht gewusst, dass das schon Inklusion ist. Für sie war das selbstverständlich.“

Plattform Zukunftsbudget: Protest gegen Sparbudget geht weiter

Die nächsten Aktionen nach der Großdemo stehen. An jedem Dienstag vor Weihnachten wird eine Mahnwache vor dem Bundeskanzleramt abgehalten.

13.000 Menschen haben bei der vergangenen Großdemo ein Zeichen gegen die sozialen Härten des Sparbudgets der Regierung gesetzt. Die Lebenshilfe erklärt sich mit den weiteren Protestaktionen solidarisch.

Jeden Dienstag Mahnwache am Ballhausplatz

An jedem Dienstag vor Weihnachten wird von 16:00 bis 19:00 Uhr eine Mahnwache vor dem Bundeskanzleramt abgehalten.

Erster Termin: 30. November 2010.

Mehr dazu [hier](#)

Der Staat will sparen - Pflegebedürftige sollen zahlen!

Das Sparpaket sieht **besondere Härten für Menschen mit Behinderungen** und ihre Angehörigen vor.

Ein Rechenbeispiel:

1.560 Euro pro Jahr weniger bei Rückstufung von Pflegestufe 2 auf Pflegestufe 1.

1.848 Euro pro Jahr weniger bei Wegfall der Pflegestufe 1.

291 Euro pro Jahr weniger Familienbeihilfe.

In Summe **2.000 Euro pro Jahr weniger für Pflege und dringende persönliche Bedürfnisse!** Und das, obwohl ohnehin schon das Pflegegeld viel zu niedrig bemessen ist und noch dazu jährlich an Wert verliert, da es nicht an die jährliche Inflationsrate angepasst wird. Die Lebensqualität der Betroffenen verschlechtert sich dadurch drastisch.

Zu den Zahlen:

Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung sollen künftig 85 statt 75 Stunden monatlichen Pflegebedarf nachweisen müssen, um Anspruch auf Pflegestufe 2 zu haben. Bei einer Rückstufung von Stufe 2 auf Stufe 1 macht das 12 mal 130 und in Summe 1.560 Euro pro Jahr aus.

Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung sollen künftig 60 statt 50 Stunden monatlichen Pflegebedarf nachweisen müssen, um Anspruch auf Pflegestufe 1 zu haben. Bei Wegfall der Stufe 1 macht das 12 mal 154 und in Summe 1.848 Euro pro Jahr aus.

Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung über 15 Jahre und dauernder Erwerbsunfähigkeit bzw. deren Angehörigen soll die 13.Familienbeihilfe samt Erhöhungsbeitrag gestrichen werden. Das sind mindestens 291 Euro pro Jahr.

Menschen mit Behinderungen gehören zu den Verlierern des Sparbudgets 2011: Die Verlängerungsfrist für Barrierefreiheit für den öffentlichen Bau sowie die Zugangsbeschränkungen bei den ersten beiden Pflegestufen sind nur eine kleine Auswahl an Grausamkeiten, die das Leben von behinderten Menschen und ihren Familie belasten. Die Selbstvertreter und Selbstvertreterinnen der Lebenshilfe, die für ihre Kollegen und Kolleginnen in den über 400 Lebenshilfe-Einrichtungen sprechen, geben sich kämpferisch: "Hände weg vom Pflegegeld! Wir haben das Recht auf Pflege und Unterstützung, und dafür kämpfen wir."

Statement von Andreas Zehetner im Namen des Selbstvertretungs-Beirats der Lebenshilfe Österreich:

Hände weg vom Pflegegeld!

Das Pflegegeld ist notwendig für Menschen, die ein geringeres Einkommen haben. Bei diesen Menschen soll man die Finanzen anheben und nicht kürzen oder gar streichen.

Besonders Menschen mit Lernschwierigkeiten brauchen Unterstützung! Deshalb soll auch das Pflegegeld nicht gekürzt werden und die erste sowie die zweite Pflegestufe erhalten werden. Wir fordern eine fixe jährliche Erhöhung des Pflegegeldes.

Der Zugang zum Pflegegeld soll erleichtert und nicht erschwert werden.

Die Informationen zum Pflegegeld sollen für Betroffene und Angehörige leicht zugänglich sein, zum Beispiel in Form von Broschüren in Leichter Sprache. Auch das Antragsformular zum Pflegegeld soll in leichter Sprache verfasst werden.

Bei der Einstufung sollen Menschen mit Lernschwierigkeiten über ihre Beurteilung ausreichend informiert werden.

Die Bezieher von Pflegegeld sollen von der Rezeptgebühr befreit werden.

<http://www.lebenshilfe.at/>

Die Mitglieder der Lebenshilfe in Österreich:

Die Lebenshilfe Wien:

<http://www.dielebenshilfe.at>

Lebenshilfe Niederösterreich:

<http://www.noe.lebenshilfe.at>

Lebenshilfe Steiermark:

<http://www.lebenshilfe-stmk.at>

Lebenshilfe Oberösterreich:

<http://www.ooe.lebenshilfe.org>

Lebenshilfe Kärnten:

<http://www.lebenshilfe-kaernten.at/>

Lebenshilfe Salzburg:

<http://www.lebenshilfe-salzburg.at/>

Lebenshilfe Tirol:

<http://www.tirol.lebenshilfe.at/>

Lebenshilfe Vorarlberg:

<http://www.lebenshilfe-vorarlberg.at/>

Kontakt

Rufen Sie uns an unter Telefon 01 / 812 26 42.

Sie können uns auch ein Fax schicken unter 01 / 812 26 42-85.

Oder Sie schreiben uns ein E-Mail an office@lebenshilfe.at.

Unsere Adresse lautet: Lebenshilfe Österreich, Förstergasse 6, 1020 Wien

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilung(en) hat (haben) ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←